



Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.174.230

Wien, am 5. April 2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Hannes Amesbauer hat am 7. Februar 2024 unter der Nr. **17791/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „EU-Visafreiheit für den Kosovo“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Wurden seitens des BMI im Vorfeld der Visaliberalisierung für den Kosovo Erhebungen durchgeführt, welche Auswirkungen auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und die Migrationsrouten der Schlepperbanden zu erwarten sind?*
 - a. *Wenn ja, durch wen wurden diese Erhebungen durchgeführt?*
 - b. *Wenn ja, wann wurden diese Erhebungen durchgeführt?*
 - c. *Wenn ja, welche Auswirkungen auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und die Migrationsrouten der Schlepperbanden sind demnach zu erwarten?*
 - d. *Wenn nein, warum nicht?*

Das Bundesministerium für Inneres analysiert Migrationstrends und –entwicklungen umfassend und laufend. Anzuführen ist hierbei, dass das Migrationsgeschehen von zahlreichen Faktoren abhängig ist, die einem ständigen Wandel unterliegen. Mit

derzeitigem Stand ist jedoch keine Auswirkung im Zusammenhang mit der Visaliberalisierung erkennbar. Im Vorfeld war neben den zuständigen Fachabteilungen des Bundeskriminalamtes auch die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst eingebunden.

Zur Frage 2:

- *Wurden im Zusammenhang mit der Visaliberalisierung für den Kosovo irgendwelche Maßnahmen bzw. Vorkehrungen getroffen?*
 - a. *Wenn ja, welche Maßnahmen bzw. Vorkehrungen wurden getroffen?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Im Zusammenhang mit der Visaliberalisierung für den Kosovo wurden verschiedene Maßnahmen und Vorkehrungen getroffen. Die Task Force Western Balkan, zu der der Kosovo als Mitglied gehört, hat insbesondere Maßnahmen zur besseren Vernetzung und zur Steigerung der Effizienz implementiert. Dazu gehört beispielsweise eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den relevanten Behörden sowie eine 24/7-Erreichbarkeit für schnelle Reaktionen auf etwaige Herausforderungen. Darüber hinaus wurden Mechanismen für eine Rapid Response eingerichtet, um auf potenzielle Probleme im Zusammenhang mit der Visaliberalisierung mit der Bekämpfung der Schlepperkriminalität schnell und effektiv reagieren zu können.

Gerhard Karner

